

# EUROPÄISCHES DIALOGFORUM

## Initiative für politische, ökonomische und kulturelle Innovation

### I. Der Gründungsgedanke

Was sich gegenwärtig in Europa an Veränderungen vollzieht, ist ein unvergleichlicher und noch vor kurzem von niemandem für möglich gehaltener oder gar vorhergesehener **Umbruch**.

Keine Frage: Diese Entwicklungen, die alle Fronten, die im Grunde seit dem Ende des I. Weltkriegs errichtet waren, aufzulösen scheinen, sind nur möglich geworden durch die in der **Sowjetunion** mit der Ära Gorbatschow in Gang gekommene «Umgestaltung» (Perestroika, Glasnost). Damit soll nicht behauptet sein, alle Veränderungen, die sich gerade in diesem Jahr zum Beispiel in Polen und Ungarn in so eindrucksvoller Weise durchgesetzt haben, seien auf die Ideen des sowjetischen Generalsekretärs zurückzuführen! Gorbatschows «revolutionäres» Programm ist im Kern und oft auch im Detail in Übereinstimmung mit jenen Ideen, die — um an dieser Stelle nicht weiter zurückzublicken — z. B. schon in den fünfziger Jahren in **Ungarn** und **Polen** und dann 1968 im «**Prager Frühling**» die Richtung des Denkens und Handelns von Reformbewegungen bestimmten. Es ist aber so, daß dieser tiefe Umbruch, dessen Zeugen wir jetzt sind, nur in dieser geradezu atemberaubenden Weise möglich geworden ist, weil sich jetzt auch im **Zentrum** des jahrzehntelang monolithischen «Ostblocks», in der Sowjetunion selbst, eine «Revolution» vollzieht.

In dieser Situation, in der sich zum letzten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts die **Chance der Überwindung der Teilung Europas** am Horizont der Geschichte abzeichnet, stellt sich nun die Frage: **Wohin soll die Reise gehen?** Derzeit hat alles den Anschein - und so werden die Entwicklungen auch durchwegs im «freien Westen» kommentiert —, als handele es sich um den Bankrott des «sozialistischen Systems», um die Abdankung der «kommunistischen Ideologie» und um einen Siegeszug der «westlichen Werte und Prinzipien» (Marktwirtschaft, Privateigentum, demokratischer Parlamentarismus, Parteienvielfalt, Rechtsstaatlichkeit, bürgerliche Freiheitsrechte).

Soll also die Zukunft Europas wirklich nur in einer Ausweitung des westeuropäischen Kapitalismus bis zum Ural (und Wladiwostok) bestehen, von wo sich dieses Konzept dann über Japan und Amerika schließlich zurück über den Atlantik spannen und — einem planetarischen Gürtel gleich — global schließen würde? War die Idee des Sozialismus wirklich nicht mehr als ein Alptraum der Menschheit? Daß das staatszentralistische, bürokratische und polizeistaatliche Konzept ein solcher Alptraum war, werden nur noch jene Machteliten bezweifeln, die jahrzehntelang davon profitiert haben. Daß dadurch das

**Ideal des Sozialismus** weithin in Mißkredit gebracht wurde und alle Völker, die unter dem Stalinismus zu leiden hatten, lieber heute als morgen in Verhältnissen leben möchten, wie sie sich in Westeuropa entwickelt haben, ist nur allzu verständlich.

Trotzdem - im Lichte der tragenden geschichtlichen Entwicklungsimpulse der neueren Zeit sollte man sich **eine** Frage nicht vom vordergründigen Glanz der westlichen Erfolgsbilanz verdrängen lassen: Ob es nämlich in diesem dramatischen Moment der europäischen Neuorientierung wirklich nur darum gehen sollte, in dieser oder jener Variante Zug um Zug das westliche Entwicklungsmodell allgemein zu adaptieren? Die Initiative **Europäisches DialogForum** möchte dazu beitragen, daß möglichst viele Menschen in Ost und West, in Nord und Süd auch von anderen sozialen Entwicklungsideen - z. B. «dritten Wegen» — Kenntnis erhalten, daran gemeinsam arbeiten und — wenn sie zu der Überzeugung gelangen, daß dies für ihr Leben förderlich sei — auch solche **alternative Perspektiven** in den Prozeß der Umgestaltung einbeziehen können.

Wenn z. B. Michail Gorbatschow kürzlich bei seinem Besuch in der Bundesrepublik vor Tausenden von Arbeitern des Ruhrgebiets erklärte, das Ziel der Perestroika sei «mehr Freiheit, mehr Demokratie, mehr Sozialismus», dann ist damit jener ideelle Orientierungszusammenhang angesprochen, den u. a. auch die Inspiratoren des «Prager Frühlings» (von Ivan Svitak bis Ota Sik) als ihre Perspektive eines «dritten Weges» formulierten. Aber was heißt das konkret? Fragen über Fragen, die, wie wir meinen, jetzt von möglichst vielen Menschen, die das Werden der Zukunft Europas mitgestalten wollen, aufgegriffen und gemeinsam bearbeitet werden sollten. Um dafür eine praktikable Arbeitsweise zu schaffen, haben wir die Initiative für das Europäische DialogForum ergriffen und regen hiermit an, in möglichst allen europäischen Ländern, wo dies möglich ist, autonome **Sektionen** dieses Forums ins Leben zu rufen und mit der Arbeit zu beginnen.

Wir regen an, daß sich in den einzelnen Ländern **Kuratorien**, die das Forum repräsentieren und **Komitees**, welche die Arbeitsinitiativen koordinieren, bilden. Formen der Arbeit können sowohl Veranstaltungen (Vorträge, Diskussionen, Konferenzen, Colloquien, Kongresse, Ausstellungen, Workshops, Musik-, Film- und Theateraufführungen) als auch gemeinsame Forschungsprojekte und Publikationen sein. Der Grundgedanke der Arbeit sollte sein, sich geistig und menschlich über alle nationalen und ideologischen Grenzen hinweg begegnen zu wollen, um voneinander im Hinblick auf alle gesellschaftli-

chen (politischen, wirtschaftlichen und kulturellen) Entwicklungsfragen zu lernen; dies wird die besten Voraussetzungen schaffen, um die richtigen, menschengemäßen Antworten für ein künftig gutes Leben und Zusammenleben zu finden.

Darüber sollte jetzt ein gesamteuropäischer Dialog stattfinden. Es sollte das neue Europa eine Art

«**permanente Konferenz**» werden, wo alle, die daran teilnehmen möchten, ihre Erfahrungen mit den Verhältnissen, in denen sie bisher lebten und ihre Visionen von der Zukunft, nach denen sie leben wollen, austauschen können. So wird über alle Grenzen der Vergangenheit hinweg Verständnis zwischen Menschen und Völkern wachsen und so werden Früchte reifen, die allen dienen.

## II. Ein erstes Projekt

Das EDF will als eine **autonome Bürgerinitiative** überall in Europa, wo dies möglich ist, das Gespräch und die Begegnung von Menschen aus den verschiedenen Ländern und Regionen fördern und durch entsprechende Vorhaben organisieren. Im Mittelpunkt sollen die gegenwärtigen Fragen und Probleme der politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Verhältnisse stehen, die sich aus den Praktiken der bisherigen staatlichen beziehungsweise gesellschaftlichen Formationen ergeben haben; und nachgedacht soll werden, wie eine bessere, eine **demokratische**, eine freiheitliche und hoffentlich auch **solidarische** Zukunft zu schaffen wäre.

So verschieden für einen solchen Prozeß die Ausgangslage in den sog. «westlichen» und «östlichen» Ländern Europas auch sein mag: Wenn wir uns aus den Erfahrungen in der Vergangenheit auch darüber klar geworden sind, daß wir das «Heil» nicht mehr erwarten wollen von irgendwelchen «Führungen» und «Obrigkeiten» — und mögen sie noch so «human» und «weise» erscheinen —, sondern durchdrungen sind von der Notwendigkeit der individuellen wie der gesellschaftlichen **Selbstbestimmung und Selbstverantwortung**, dann spricht alles für die Auffassung, daß die bewußte und konsequente **Konstitution der Volkssouveränität** als die jetzt vorrangige Aufgabe angesehen werden mußte.

Mit anderen Worten: Wir wollen anregen, in einer ersten Arbeitsphase des Europäischen Dialogforums die **Demokratiefrage** in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu rücken.

Wir meinen, es müsse mit Dringlichkeit die weit verbreitete Ansicht, es hätten nur die sozialistischen Staaten einen Nachholbedarf an Demokratie und dieser bestehe darin, den Parlamentarismus (mit einem Mehrparteiensystem) nach «westlichem Muster» einzuführen, kritisch in Frage gestellt werden. Zu einer an der Freiheitsidee orientierten Demokratie gehört zweifellos die Vereinigungsfreiheit, auch für politische Parteien. Und Parlamente, in denen die verschiedenen politischen Richtungen entsprechend den Ergebnissen freier Wahlen vertreten

sind, mögen von praktischem Nutzen sein für die Erledigung der legislativen und exekutiven Aufgaben eines Gemeinwesens. **Aber steht alle Politik nicht erst dann auf gesichertem demokratisch legitimiertem Grund, wenn die Völker selbst das Recht und also die Möglichkeit haben, ihr Schicksal auch unmittelbar zu bestimmen, d. h. die Lebensfragen der Nation direkt-demokratisch zu entscheiden?**

Besteht nicht in dieser Hinsicht in nahezu allen Ländern Europas die gleiche Herausforderung, eine wahrhafte demokratische Ordnung durch die **Ermöglichung der Volksgesetzgebung** zu entwickeln und dergestalt der Demokratie überhaupt erst das tragende Fundament zu verschaffen? Zwar gibt es vermehrt Stimmen, die auf diese Aufgabe als auf eine unabdingbare Notwendigkeit hinweisen, aber wir sind noch weit entfernt davon, daß die damit verbundenen Gestaltungsfragen für Wege der Volksgesetzgebung auf der Höhe der Zeit allgemein so bekannt und als selbstverständlich anerkannt wären, wie doch im großen und ganzen die Lebensformen des demokratischen Parlamentarismus bekannt und anerkannt sind. Aus diesem Sachverhalt ergibt sich die Aufgabe, die sich das Europäische DialogForum mit dem **Kongreß**

### «Zur Lage der Demokratie in Europa»

(1. bis 7. Juli 1990)

gestellt hat. Alle, die an diesem Thema interessiert sind, laden wir sehr herzlich zur Mitwirkung und Teilnahme ein (Näheres zum Kongreß in der beigefügten Ankündigung bzw. in dem Aufsatz «Thesen zur Demokratiefrage»).

Es soll bei dieser Veranstaltung versucht werden, im Lichte des Demokratiedenkens die Entwicklung der verschiedenen europäischen Länder ab 1789, dem Jahr des Ausbruches der Französischen Revolution, zu verfolgen und insbesondere herauszuarbeiten und zu erörtern, was der gegenwärtige Stand der Dinge in dem jeweiligen Land ist, sowie die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Bestrebungen zu erkunden.

Achberg, 1. Januar 1990

**Kontakt: Europäisches DialogForum, Deutsche Sektion (BRD) c/o  
Internationales Kulturzentrum Achberg, D-8991 Achberg, Tel. 08380-500**